

## MORNING NEWS

9. Februar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	24.721,46	230,40	0,94	24.491,06	DJ 30	50.115,67	1.206,95	2,47	48.908,72
MDAX	31.662,83	228,32	0,73	31.434,51	NASDAQ	25.075,77	527,08	2,15	24.548,69
TEC DAX	3.611,15	0,05	0,00	3.611,10	Nikkei 225	56.632,09	2.378,41	4,38	54.253,68
Euro Stoxx50	5.998,40	72,70	1,23	5.925,70	Hang Seng	26.989,72	429,77	1,62	26.559,95
Bund Future	128,12	-0,08	-0,06	128,20	Euro / US-\$	1.1834	0,00	0,16	1.1815
Gold in US-\$	5.036,86	72,50	1,46	4.964,37	Öl (Brent) US-\$	67,20	-0,85	-1,25	68,05
Bitcoin / US-\$	70.894,52	228,93	0,32	70.665,59	Ethereum / US-\$	2.092,61	-0,60	-0,03	2.093,21

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.819	+98
NASDAQ Future	25.198,25	+35,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	171,83	0,61	0,00	171,22	203,34	3.050.531,00
Nokia OJ	5,97	0,06	0,01	5,92	7,07	29.303.687,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Aumovio	AMVOn.DE	Pre-Close Call 2025		
Europäische Unternehmen		UniCredit (07:00 Q4), Banca Monte dei Paschi die Siena (08:00 Q4)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Sntix Investorvertrauen	Februar	10:30	0,0 (-1,8)

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,62 (1,72)	10-jährige Bonds	+0,031	4,20%
Volumen NASDAQ	9,03 (10,10)	30-jährige Bonds	+0,156	4,85%

(-)Vortag

**Schnäppchenjäger** haben den **Dow Jones** am Freitag über die **Rekordmarke von 50.000 Punkten** gehoben. Der US-Standardwerteindex gewann 2,5 Prozent auf 50.116 Punkte, den höchsten Schlussstand seiner Geschichte. Der technologielastige Nasdaq rückte 2,2 Prozent auf 23.031 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 2,0 Prozent auf 6932 Stellen zu. Auf Wochensicht ergab sich ein gemischtes Bild. Der Dow legte 2,5 Prozent zu, der S&P gab um 0,1 Prozent nach und die Nasdaq 1,8 Prozent.

**Sorgen über explodierende Kosten für Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI)** beschäftigten die Anleger auch zum Wochenschluss. "Wir werden weiterhin dieses Auf und Ab erleben, weil die Bedenken, die die Märkte umtreiben, nicht kurzfristig waren", sagte Ben Falcone, Investmentexperte bei Kayne Anderson Rudnick. "Diese Probleme sind eher langfristiger Natur und ich glaube nicht, dass sie in absehbarer Zeit verschwinden werden."

Anleger griffen nach dem Abverkauf wieder bei Software- und Dienstleistungspapieren zu. Aktien von **CrowdStrike** gewannen 4,9 Prozent, die von **Nvidia** stiegen um 7,9 Prozent und **Broadcom** 7,1 Prozent.

Die **Amazon**-Aktien rutschten dagegen um 5,6 Prozent ab. Wie die Rivalen Google und Microsoft legt auch der Online-Riese bei den Investitionen in KI-Infrastruktur kräftig nach. "Wir befinden uns in einer Phase der klügeren Entscheidungen. Es geht nicht darum, wer von der Künstlichen Intelligenz beeinflusst wird, sondern auch darum, diejenigen zu bestrafen, die viel Geld für KI ausgeben", sagte Kristina Hooper, Chefmarkstrategin bei Man Group.

Ein optimistischer Ausblick bescherte der Videospiel-Plattform **Roblox** einen Kurssprung von 9,7 Prozent. Die gebuchten Umsätze sollen 2026 zwischen 8,28 und 8,55 Milliarden Dollar liegen - weit mehr als von Analysten erwartet.

Eine Gewinnprognose weit unter den Erwartungen schickte hingegen die Aktien des US-Krankenversicherers **Molina Healthcare** auf Talfahrt. Die Papiere stürzten um 25,5 Prozent ab und rissen den gesamten Sektor mit nach unten.

Im Blick hatten die Investoren am Freitag die Gespräche zwischen dem Iran und den USA im Oman. Nun werde sich zeigen, ob beide Seiten auf Annäherung setzen - "oder ob die Lage weiter eskaliert, zumal die USA ihre Militärpräsenz im Golf zuletzt deutlich verstärkt haben", sagte Robert Greil, Chefstrategie von Merck Finck. Die Gespräche wurden nach iranischen Angaben am Nachmittag vorerst beendet, sollen aber fortgesetzt werden. Die Beratungen seien ein guter Anfang gewesen und würden weitergehen, sagte der iranische Außenminister Abbas Araghtschi, der an den Gesprächen teilgenommen hat.

Am Ölmarkt zogen die Preise für **Brent** um 0,6 Prozent auf 67,91 Dollar je Fass an, für **WTI** um 0,3 Prozent auf 63,49 Dollar. Investoren spekulieren im Falle einer Eskalation des Konflikts auf Versorgungsengpässe, da dies die Öllieferungen beeinträchtigen dürfte. Etwa ein Fünftel des weltweit verbrauchten Öls wird durch die Straße von Hormus zwischen dem Oman und dem Iran transportiert.

## US Unternehmen

**Goldman Sachs** arbeitet einem Medienbericht zufolge mit dem Technologie-Start-up **Anthropic** an der **Automatisierung interner Abläufe**. Die US-Bank entwickle KI-Agenten, die Aufgaben wie die Verbuchung von Transaktionen sowie die Überprüfung und Aufnahme von Neukunden übernehmen sollen, berichtete der Sender CNBC am Freitag unter Berufung auf IT-Chef Marco Argenti. Die Großbank bestätigte die Angaben (Reuters).

**Tesla** treibt die ambitionierten Pläne von Firmenchef Elon Musk für eine massive Ausweitung der **Solarsparte** voran und sucht dafür verstärkt Personal. Aus einer Stellenausschreibung geht auch erstmals ein konkreter Zeitplan hervor: Bis Ende 2028 soll eine Fertigungskapazität von 100 Gigawatt (GW) in den USA aufgebaut werden. Dies belegen jüngste Online-Beiträge leitender Manager. Musk hatte das Ziel im vergangenen Monat ausgegeben, einen zeitlichen Rahmen nannte er damals jedoch nicht (Reuters).

## Marktmeldungen

**SPD-Chef** Lars Klingbeil hält nicht viel von **Forderungen aus der Union**, mit längerer **Arbeitszeit** und **Sozialkürzungen** die stotternde Wirtschaft anzukurbeln. "Immer so zu tun, als ob der Abbau von Sozialstaat und der Abbau von Arbeitnehmerrechten dazu führt, dass wir wirtschaftlich stärker werden - das teile ich überhaupt nicht, und das ist der falsche Weg", sagte er im "Bericht aus Berlin" der ARD.

**Bundeswirtschaftsministerin** Katherina Reiche lehnt den Vorschlag eines EU-Kommissars ab, die **Vergabe europäischer öffentlicher Gelder** an Unternehmen "**Made in Europe**" zu knüpfen. "Die europäische Antwort auf die globalen Wettbewerbsherausforderungen kann nicht Abschottung sein", sagte die CDU-Politikerin der *Deutschen Presse-Agentur*.

Der **Chef der Münchener Sicherheitskonferenz**, Wolfgang Ischinger, hat sich für eine **europäische Initiative** zur **Stärkung der europäischen nuklearen Abschreckung** ausgesprochen. "Vermutlich würde es viel Geld kosten. Aber

allein das Gespräch wäre wichtig – und das Signal", sagte Ischinger der Zeitung "Welt am Sonntag". Die Europäer sollten sich bereit erklären, ihren Beitrag zur Abschreckung zu verstärken, ohne dabei die Rolle der USA infrage zu stellen. Es sei ein Fehler gewesen, dass die früheren Kanzler Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD) französische Gesprächsangebote zu dem Thema ausgeschlagen hätten.

Die **Stichwahl** um das **portugiesische Präsidentenamt** hat Prognosen zufolge **António José Seguro** von der sozialdemokratisch orientierten Sozialistischen Partei (PS) klar gewonnen. Nach einer Erhebung des als sehr zuverlässig geltenden staatlichen Fernsehenders RTP erhielt der 63-Jährige 68 bis 73 Prozent der Stimmen. Auch andere Medien des Landes wie die Zeitung "Público" nannten ähnliche Zahlen (dpa/AFX).

Aufgrund ihrer Verwicklungen in den **Epstein-Skandal** hat die **norwegische Botschafterin** Mona Juul (66) ihr **Amt niedergelegt**. Juul war Botschafterin in Jordanien und im Irak. Ihr Kontakt mit Jeffrey Epstein habe ein "schwerwiegendes Versagen ihres Urteilsvermögens" offenbart, sagte Norwegens Außenminister Espen Barth Eide laut einer Mitteilung. "Der Fall macht es schwer, das Vertrauen wiederherzustellen, das für die Rolle notwendig ist." Juuls Entscheidung sei deshalb richtig (dpa/AFX).

Der **republikanische Kongressabgeordnete** Thomas Massie hat im Zusammenhang mit dem Fall Epstein den **Rücktritt von US-Handelsminister** Howard Lutnick **gefordert**. Wenn man den Informationen aus den Akten rund um den gestorbenen Sexualstraftäter Jeffrey Epstein glauben schenke, sei Lutnick auf der Privatinsel des Multimillionärs gewesen und habe geschäftliche Beziehungen zu ihm gehabt, und zwar Jahre nach dessen Verurteilung im Jahr 2008, sagte Massie dem US-Sender CNN (dpa/AFX).

**Ghislaine Maxwell** will bei einer für Montag geplanten **Anhörung vor einem Ausschuss des US-Repräsentantenhauses** die **Aussage verweigern**. Sie wurde 2021 wegen Beihilfe zum sexuellen Missbrauch an minderjährigen Mädchen durch den verstorbenen US-Finanzier Jeffrey Epstein verurteilt und verbüßt eine 20-jährige Haftstrafe. Maxwell wolle von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, heißt es in einem Schreiben des demokratischen Abgeordneten Ro Khanna an den Ausschussvorsitzenden James Comer vom Sonntag. Statt einzelne Fragen zu beantworten, wolle sie zu Beginn der Anhörung eine vorbereitete Erklärung verlesen (Reuters).

**US-Finanzminister** Scott Bessent rechnet auch unter dem designierten Notenbankchef Kevin Warsh nicht mit einem raschen Abbau der **Bilanzsumme** der **Federal Reserve** (Fed). Die Entscheidung über die Bilanz liege bei der Notenbank, sagte Bessent am Sonntag dem Sender Fox News. "Ich denke, sie werden sich wahrscheinlich zurücklehnen und sich mindestens ein Jahr Zeit nehmen, um zu entscheiden, was sie tun wollen." Bessent betonte, Warsh werde als Fed-Chef sehr unabhängig agieren.

**US-Präsident** Donald Trump streicht die **Strafzölle** gegen **Indien**, mit denen er indirekt Russlands milliardenschweren Ölhandel schwächen wollte. Der im August eingeführte Strafzollsatz von 25 Prozent auf Waren, die aus Indien in die Vereinigten Staaten importiert werden, wird ab Samstag (US-Zeit) nicht mehr erhoben, wie aus einem Dekret des Republikaners hervorgeht. Getrennt davon veröffentlichten beide Seiten den Rahmen für ein **vorläufiges Handelsabkommen**, das eine Reduzierung zusätzlicher Einfuhrzölle der USA auf indische Waren von 25 Prozent auf 18 Prozent vorsieht (dpa/AFX).

Die **USA** dringen nach **Angaben des ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj auf ein **Ende des Ukraine-Kriegs bis Anfang des Sommers**. "Die Amerikaner schlagen den Parteien vor, den Krieg bis Anfang des Sommers zu beenden und werden wahrscheinlich diesem Zeitplan entsprechend Druck auf die Beteiligten ausüben", sagte Selenskyj übereinstimmenden Berichten zufolge (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump deutet eine **mögliche Entwicklung im russischen Krieg gegen die Ukraine** an. Es gebe "sehr, sehr gute Gespräche", sagt Trump vor Journalisten. "Etwas könnte passieren", fügt er hinzu, ohne dies jedoch zu präzisieren (Reuters).

Nach Einschätzung des **Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz** könnte sich die **russische Bedrohung** an der **Nato-Ostflanke** nach einem Waffenstillstand in der Ukraine verschärfen. "Solange die Ukraine Europa verteidigt, ist die Gefahr nicht so groß.", sagte Wolfgang Ischinger dem *"Tagesspiegel"*. Dadurch seien die Armeen von Kremlchef Vladimir Putin dort gebunden, "und er verliert jede Woche Tausende Soldaten".

Das **russische Militär** hat erneut Ziele in der ukrainischen Hauptstadt **Kiew** mit ballistischen Raketen angegriffen. "Explosionen in der Hauptstadt. [...] Die Flugabwehr ist aktiv", schrieb Bürgermeister Vitali Klitschko am frühen Abend bei Telegram. Im Zentrum der Dreimillionenstadt waren gut ein halbes Dutzend Explosionen vernehmbar (dpa/AFX).

**Russland** hat nach Angaben des ukrainischen Energiekonzerns **Naftogaz** dessen Anlagen in der östlichen Region **Poltawa** angegriffen. Dabei seien Schäden entstanden, teilte das Unternehmen am Sonntag mit. "Dies ist der 19. gezielte Angriff auf Einrichtungen der Gruppe seit Jahresbeginn", hieß es (Reuters).

Der **ungarische Ministerpräsident** Viktor Orban hat die von Russland angegriffene **Ukraine** als **"Feind"** bezeichnet. "Die Ukrainer müssen damit aufhören, in Brüssel dauernd zu verlangen, dass Ungarn von der billigen russischen Energie abgeschnitten wird", sagte der Rechtspopulist in einer Wahlkampfrede in der westungarischen Stadt Szombathely. "Solange die Ukraine das tut, ist sie unser Feind", fügte er nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur MTI hinzu (dpa/AFX).

Zwei Tage nach dem **Attentat** auf den **stellvertretenden Chef des russischen Militärgeheimdienstes** präsentieren die Ermittler zwei Festnahmen. Aus Moskauer Sicht ist klar: Hinter den Schüssen auf Vladimir Alexejew steckt Kiew. Die Rede ist von einem "Terrorakt". Dabei ist es nicht der erste Angriff auf einen ranghohen russischen Militär in der jüngeren Vergangenheit. Der 64-jährige Alexejew war am Freitag in einem Wohnhaus im Nordosten der russischen Hauptstadt Moskau angeschossen und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Inzwischen ist er wieder bei Bewusstsein, wie die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass berichtete (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump hat **weitere Gespräche** zwischen **Vertretern seiner Regierung** und des **Irans** für Anfang nächster Woche angekündigt. Die Verhandlungen mit der Delegation aus Teheran am Freitag seien "sehr gut" gelaufen, sagte er am Abend (Ortszeit) an Bord des Regierungsfliegers Air Force One auf dem Weg in den US-Bundesstaat Florida. Der Iran scheine sehr an einem Deal interessiert zu sein. Für den Fall, dass es nicht dazu kommen sollte, drohte Trump erneut mit Konsequenzen. Der Iran dürfe keine Atomwaffen haben, bekräftigte er seine bekannte Position (dpa/AFX).

Der **Iran** hat für den **Fall eines US-Angriffs** mit **Vergeltungsschlägen** gegen amerikanische Militärstützpunkte im Nahen Osten gedroht. Dies sei nicht als Angriff auf die Länder zu verstehen, in denen die US-Basen stünden, sagte der iranische Außenminister Abbas Araqchi am Samstag dem Sender Al Jazeera. "Es wäre nicht möglich, amerikanischen Boden anzugreifen, aber wir werden ihre Stützpunkte in der Region ins Visier nehmen." Es gebe einen großen Unterschied zwischen einem Angriff auf Nachbarländer und auf dort stationierte US-Basen (Reuters).

Japans neue nationalkonservative Ministerpräsidentin **Sanae Takaichi** hat bei der **Wahl zum Unterhaus** einen überragenden Sieg errungen. Ihre Liberaldemokratische Partei (LDP) konnte ihre Mehrheit in der mächtigen Kammer des nationalen Parlaments zurückerobern, wie japanische Medien auf Basis von Wählerbefragungen nach Schließung der Wahllokale berichteten (dpa/AFX).

## Banken

Die Schweizer Großbank **UBS** hat Dokumenten zufolge jahrelang Konten für eine Vertraute des verurteilten Sexualstraftäters Jeffrey Epstein geführt. Das Geldhaus eröffnete im Jahr 2014 mehrere Konten für **Ghislaine Maxwell**, nur wenige Monate nachdem die US-Bank JPMorgan die Geschäftsbeziehung zu Epstein beendet hatte, wie aus den vom US-Justizministerium veröffentlichten Unterlagen hervorgeht. Demnach verwaltete die UBS in den Jahren vor Maxwells Verurteilung bis zu 19 Millionen Dollar (Reuters).

## Gesundheitswesen

Der Schweizer Pharmakonzern **Roche** hat mit seinem MS-Hoffnungsträger **Fenebrutinib** einen weiteren Studienerfolg erzielt. In einer **Phase-III-Studie** bei einer speziellen Form der Multiplen Sklerose (PPMS) senkte das Medikament das Risiko einer fortschreitenden Behinderung um zwölf Prozent im Vergleich zu Ocrevus, der bislang einzigen zugelassenen Therapie für diese Verlaufsform und ebenfalls ein Roche-Produkt. Die Trennung der Behandlungskurven habe sich bereits nach 24 Wochen gezeigt, zusätzliche Analysen deuteten auf Vorteile bei der Funktion der oberen Extremitäten hin, wie Roche am Samstag mitteilte (Reuters).

## Industrie

Der kriselnde Stahlkonzern **Thyssenkrupp Steel Europe** (TKSE) hat mit dem Konkurrenten **Salzgitter** eine Einigung die Zukunft der gemeinsamen **Hüttenwerke Krupp Mannesmann** (HKM) erzielt. Die Unternehmen hätten sich nach intensiven Verhandlungen unter Vermittlung des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch auf einen Verkauf der HKM-Gesellschaftsanteile von Thyssenkrupp Steel an die Salzgitter AG zum 01. Juni 2026 verständigt, teilten die Firmen am Freitag mit. Die Belieferung von Thyssenkrupp Steel durch HKM werde schon Ende 2028 auslaufen statt wie bisher geplant Ende 2032 (Reuters).

Mehrere Großaufträge aus dem Verteidigungssektor haben im letzten Quartal 2025 für ein deutliches Auftragsplus in der **Metall- und Elektroindustrie** gesorgt. Trotzdem sei die Stimmung in der Branche weiterhin äußerst schlecht, teilte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit. "Für die Metall- und Elektro-Industrie, den Wohlstandsmotor unseres Landes, war das vergangene Jahr ein schreckliches Jahr", hieß es von Hauptgeschäftsführer Oliver Zander. "Wir verlieren pro Monat fast 10.000 Arbeitsplätze." Die Branche verzeichnet demnach ihr zweites Rezessionsjahr in Folge. Bereinigt um die meist staatlich finanzierten Rüstungsaufträge sei die Auftragslage nach wie vor im Keller (dpa/AFX).

## Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Der **US-Grenzschutz** plant eine **Verschärfung von Einreiseregeln** für Touristen aus Deutschland und vielen anderen Ländern. Um eine Reisegenehmigung zu erhalten, soll man den Plänen zufolge vorab mehr Informationen über das eigene Leben preisgeben müssen als bisher. Am Montag läuft eine Frist ab, bis zu der Einwände und Stellungnahmen zu den vorgeschlagenen Änderungen eingereicht werden können. Danach prüft die US-Behörde die Eingaben und nimmt möglicherweise noch Änderungen vor, bevor das Ganze in Kraft tritt. Ein genauer Zeithorizont ist nicht absehbar (dpa/AFX).

## Versorger

Die für die Energiewende wichtigen **Windkraftanlagen** haben in **Deutschland** 2025 trotz starken Ausbaus weniger Strom produziert als im Jahr zuvor. Insgesamt wurden nach vorläufigen Daten im vergangenen Jahr 132,6 Terawattstunden (TWh) Windstrom erzeugt - nach 138,3 TWh im Jahr zuvor, wie der für die Nordsee zuständige Netzbetreiber Tennet Germany der Deutschen Presse-Agentur mitteilte. Über alle Erzeugungsgärten hinweg wurden im vergangenen Jahr nach Angaben der Bundesnetzagentur insgesamt 437,6 TWh Strom realisiert.



[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

## Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

## Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

## Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

## Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

## Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

